

Gemeinsam gegen Ausgrenzung und für ein gerechtes Gesundheitssystem!

Berlin, 18. Februar 2025 – 136 Akteure aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich erheben ihre Stimme gegen Ausgrenzung und für einen verbesserten Zugang zu gesundheitlicher Versorgung für alle. Sie sind besorgt über populistische und menschenverachtende Aussagen bis weit in die politische Mitte hinein, die die berechnete Unzufriedenheit mit dem Gesundheitssystem vieler Menschen nutzen, um gegen Migrant*innen, geflüchtete und armutserfahrene Personen, Menschen mit Behinderungen und andere sozial benachteiligte Gruppen zu hetzen. Stattdessen muss eine neue Bundesregierung das Thema Gesundheit wieder hoch auf die Agenda setzen und die Frage angehen, wie der Zugang zu Gesundheitsversorgung für alle in Deutschland lebenden Menschen verbessert werden kann.

Gesundheit ist ein Menschenrecht! Deutschland hat sich in internationalen Verträgen verpflichtet, gesunde Lebensbedingungen und einen diskriminierungsfreien Zugang zur gesundheitlichen Versorgung für die gesamte Bevölkerung sicherzustellen.

Wir - das sind Sozial- und Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Verbände für Menschen mit Behinderungen, humanitäre und Menschenrechtsorganisationen, Migrant*innenorganisationen, Patient*innen- und Selbstvertretungen und viele mehr - **erleben täglich, wie ungleich die Chancen von Menschen sind, gesundheitliche Versorgung zu erhalten.** Viele Menschen in Deutschland stehen vor massiven Barrieren, wenn sie gesundheitliche Versorgung benötigen. Besonders betroffen sind wohnungslose, geflüchtete und armutserfahrene Menschen sowie Menschen ohne Krankenversicherung oder mit Behinderungen.

Die Hindernisse im Zugang zur Gesundheitsversorgung sind für benachteiligte Bevölkerungsgruppen besonders sichtbar, betreffen aber auch die breite Bevölkerung. Lange Wartezeiten auf Termine, fehlende Angebote im ländlichen Raum oder in ärmeren Stadtteilen, Ungleichbehandlung zwischen privat und gesetzlich Versicherten, Sprachbarrieren, fehlende Informationen und bürokratische Hürden sind nur einige Beispiele struktureller Diskriminierung. Diese Barrieren werden durch eine Ausrichtung des Gesundheitswesens auf ökonomischen Gewinn verstärkt. Sie führt dazu, dass Angebote nicht dem Bedarf entsprechend, sondern auf der Grundlage von Profitchancen auf- und ausgebaut werden.

Von einem niedrigschwellig zugänglichen und gerechteren Gesundheitssystem würden alle Menschen in Deutschland profitieren. Positive Erfahrungen und Lösungsansätze gibt es bereits, sowohl international als auch in Deutschland. Erste Ansätze zur Stärkung einer niedrigschwelligen, multiprofessionellen

Primärversorgung und zum Ausbau eines diversen, inklusiven und barrierefreien Gesundheitswesens wurden in der letzten Legislaturperiode intensiv diskutiert. Strukturelle Verbesserungen sind aber letztlich nicht auf den Weg gebracht worden.

Der daraus entstehende Frust bildet einen gefährlichen Nährboden für Ressentiments und Populismus, der genutzt wird, um gegen Migrant*innen, geflüchtete und armutserfahrene Personen, Menschen mit Behinderungen und andere sozial benachteiligte Gruppen Stimmung zu machen. Dabei bedienen sich längst nicht mehr nur Rechtsextreme ausgrenzender und menschenverachtender Narrative. Bis weit in die politische Mitte hinein werden – oftmals auf faktisch falschen Behauptungen basierend – Ängste geschürt und Feindbilder erzeugt, die die Gesellschaft spalten. Davon profitieren, wie man inzwischen nachweisen kann, allerdings vor allem rechtsextreme Parteien.

So werden Gruppen gegeneinander ausgespielt, strukturelle Probleme aber nicht angegangen. Mehr noch: Eine Politik, die Grenzen schließen, Migration verhindern und Sozialleistungen für ohnehin marginalisierte Personengruppen abschaffen will, wird strukturelle Diskriminierungen in unserer Gesellschaft weiter befördern und den Zugang zu gesundheitlicher Versorgung für weite Teile der Bevölkerung sogar verschlechtern. Bereits bestehende Probleme im Zugang, strukturelle Ungleichbehandlung und Ungerechtigkeit in der Gesundheitsversorgung werden zunehmen. Bei weiterem Erstarken rechtsextremer Kräfte fürchten wir auch den Wegzug des Gesundheits- und Pflegepersonals mit eigener oder familiärer Migrationsgeschichte. Dabei ist unser Gesundheitssystem dringend auf diese Fachkräfte angewiesen.

Diese Spaltungstendenzen möchten wir nicht länger hinnehmen! In der Initiative Gesundheit Unteilbar vereinen sich Akteure der Zivilgesellschaft und des Gesundheitswesens. Gemeinsam möchten wir diesen Entwicklungen zwei Dinge entgegensetzen:

1. **Ein klares Bekenntnis zur Solidarität und gegen das Ausspielen verschiedener Gruppen gegeneinander.** Jeder Mensch in Deutschland hat das Recht auf notwendige gesundheitliche Versorgung, niemand darf dabei diskriminiert werden!
2. **Gemeinsame Lösungen für einen diskriminierungsfreien und gerechten Zugang zum Gesundheitssystem.** Barrierefreiheit in der Gesundheitsversorgung kommt allen zugute, nicht nur marginalisierten Bevölkerungsgruppen. Unser Netzwerk vereint Expert*innen unterschiedlicher Fachgebiete, die konkrete Vorschläge und Forderungen für notwendige Verbesserungen im Gesundheitswesen haben.

Die wichtigsten Forderungen auf einen Blick:

- Ein einheitliches Krankenversicherungssystem, das alle in Deutschland lebenden Menschen einschließt, bedarfsgerecht versorgt und das durch alle nach ihren Möglichkeiten sozial gerecht und nachhaltig finanziert wird
- Multiprofessionelle Primärversorgung (verschiedene Gesundheitsdienste unter einem Dach) - wohnortnah, niedrigschwellig und bedarfsgerecht
- Barrierefreie Praxen und Krankenhäuser; für alle verständliche Informationen, auch in einfacher Sprache und Gebärdensprache
- Transparente und gerechte Terminvergabesysteme
- Bedarfsplanung, die sozioökonomische Faktoren stärker in den Blick nimmt
- Gemeinwohlorientierte, miteinander verzahnte ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung, inkl. Notfallversorgung
- Verstetigte und ausreichend finanzierte niederschwellige gesundheitliche und psychosoziale Versorgungsangebote für marginalisierte Bevölkerungsgruppen mit spezifischen Bedarfen (z. B. geflüchtete, von Gewalt betroffene oder wohnungslose Menschen)
- Stärkere Berücksichtigung von Prävention und Gesundheitsförderung sowie (psycho)sozialen Faktoren im Gesundheitswesen
- Flächendeckend qualifizierte Sprachmittlung in der Gesundheitsversorgung
- Anti-Diskriminierungstrainings und Entwicklung von diversitätsorientierter Kompetenz in der Aus- und Fortbildung für Gesundheitsberufe sowie die Verankerung in Curricula und institutionellen Strukturen
- Lob- und Beschwerde-Strukturen zur Meldung von Diskriminierungsvorfällen in Versorgungseinrichtungen sowohl für Gesundheitspersonal als auch Patient*innen

Als Initiative Gesundheit Unteilbar fordern wir, dass die politische Debatte sich wieder darum dreht, wie gesundheitliche Versorgung wirklich für alle verbessert werden kann.

Unterzeichnende Organisationen:

Abschiebehaftberatung Nord
Aktionsbündnis gegen AIDS
Anonymer Krankenschein Bonn e.V.
Arbeitsgemeinschaft der
Sozialdemokrat:innen im
Gesundheitswesen Hessen-Süd
Armut und Gesundheit in Deutschland
e.V.
Armutsnetzwerk e.V.
ARWED e.V.
Ärzte der Welt e.V.
Attac Deutschland
Aufbruch Gesund & Gerecht
AWO Bundesverband
AWO Landesverband Berlin e.V.
BACK Bundesarbeitsgemeinschaft
Anonymer Behandlungsschein und
Clearingstellen für Menschen ohne
Krankenversicherung
BAfF e.V. - Bundesweite
Arbeitsgemeinschaft Psychosozialer
Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer
BaWaBs e.V. - Baden-
Württembergischer anonymer
Behandlungsschein
Bayerischer Flüchtlingsrat e.V.
Beauftragter für Partizipation und
Integration - Bezirksamt Lichtenberg
von Berlin, Fabian Nehring
Berliner Bildungscampus für
Gesundheitsberufe gGmbH
Berliner Zentrum für Selbstbestimmtes
Leben behinderter Menschen e.V.
Bischof-Hermann-Stiftung Münster
BKE Landesverband NRW e.V.
BUMAH – Bundesfachverband zur
Unterstützung von Menschen in
Abschiebehaft
Bundesarbeitsgemeinschaft der
Patientenstellen BAGP

Bundesarbeitsgemeinschaft
Wohnungslosenhilfe e.V.
Bundesfachverband Minderjährigkeit
und Flucht (BuMF) e.V.
Bundesverband evangelische
Behindertenhilfe e.V. (BeB) - der
evangelische Fachverband für Teilhabe
Bundesverband Netzwerke von
Migrant*innenorganisationen (NeMO)
e.V.
Bundesverband Selbsthilfe
Körperbehinderter e.V.
Bundesverband Trans*
Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.
CABL e.V. - Clearingstelle und
Anonymer Behandlungsschein Leipzig
Café 104 - Aufenthaltsrechtliche
Beratung für Menschen ohne Papiere
Care Revolution Rhein-Main
Caritasverband Hannover e. V.
Cochlea Implantat Verband NRW e.V.
Condrobs e. V.
DAG SHG - Deutsche
Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen
e.V.
Der Paritätische Gesamtverband
Deutsche Aidshilfe
Deutsche Gesellschaft für
Geschlechtsspezifische Medizin e.V.
(DGesGM)
Deutsche Gesellschaft für Public Health
e.V.
Deutsche Gesellschaft für Systemische
Therapie, Beratung und
Familientherapie (DGSF e.V.)
Deutsche Vereinigung für Soziale Arbeit
im Gesundheitswesen e. V. (DVSG)
Deutscher Berufsverband für Soziale
Arbeit e. V.
Deutscher Gehörlosen-Bund e. V.
Deutscher Hebammenverband e. V.

Deutscher Pflegerat e.V.
 DGB Bundesvorstand
 Diakonie Deutschland
 Empowerment für Diversität - Allianz für
 Chancengleichheit in der
 Gesundheitsversorgung
 Fachstelle für Sexualität und
 Gesundheit – Aidshilfe Münster e.V.
 Feministische Medizin e.V.
 Flüchtlingsrat Berlin e.V.
 Flüchtlingsrat Brandenburg e.V.
 Flüchtlingsrat Bremen
 Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.
 Forum interkulturelles Leben und
 Lernen e.V. (FiLL)
 GEBEWO pro gGmbH
 GePGeMi e.V. -Gesellschaft für
 Psychosoziale Gesundheitsförderung
 bei Migrant*innen-
 Gesellschaft gegen
 Gewichtsdiskriminierung e.V.
 Gesundheit für Alle! - Clearingstelle für
 Gesundheitsversorgung Hannover
 Gesundheitsladen München e.V.
 Gesundheitsmobil Lübeck
 GGUA Flüchtlingshilfe e.V.
 GLJ- Interkulturelle Trainings &
 Beratung
 Handicap International e.V. –
 Crossroads
 hoffnungsorte hamburg / Verein für
 Innere Mission - Hamburger
 Stadtmission
 Institut für Allgemeinmedizin
 Interessenvertretung Selbstbestimmt
 Leben in Deutschland e.V. (ISL)
 Internationaler Bund e.V.
 IPPNW -Ärzt*innen für die Verhütung
 des Atomkrieges /Ärzt*innen in sozialer
 Verantwortung e.V.
 Junger DBSH – Junger Deutscher
 Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.

Kaufpark Apotheke - Ina Lucas & Maria
 Zoschke OHG
 Kaufpark Apotheke, Inh.: Ina Lucas &
 Maria Zoschke oHG
 KLIK e.V. Rechte & Ressourcen für
 wohnungslose Menschen, Berlin
 KOK – Bundesweiter
 Koordinierungskreis gegen
 Menschenhandel e.V.
 Kontaktstelle Pflege - Engagement
 Berlin Lichtenberg
 Koordinierendes Zentrum für
 traumatisierte Geflüchtete (Centra),
 Hamburg
 Kritische Medizin München
 kritnet – Netzwerk kritische Migrations-
 und Grenzregimeforschung
 Landesarmutskonferenz Rheinland-
 Pfalz
 Landesarmutskonferenz Sachsen-
 Anhalt
 Landesnetzwerk
 Migrantenorganisationen Sachsen-
 Anhalt (LAMSA) e.V.
 Landesverband Sozialpsychiatrie
 Mecklenburg-Vorpommern e.V.
 Landesvereinigung für Gesundheit und
 Akademie für Sozialmedizin
 Niedersachsen Bremen e. V. - LVG & AFS
 Law Clinic an der Bucerius Law School
 Legal Clinic Dortmund e.V.
 Lichtenberg Apotheke Ina Lucas & Maria
 Zoschke OHG
 Lichtenberg-Apotheke
 Liste der demokratischen Ärztinnen und
 Ärzte Hessen
 Maaßen-Stiftungs-gGmbH
 Medibüro Berlin
 Medibüro Chemnitz e. V.
 Medibüro Kiel e.V.
 MediNetz Bielefeld im AK Asyl e. V.
 Medinetz Dresden e. V.
 MediNetz Essen e.V.

MediNetz Frankfurt/Offenbach
Medinetz Gießen e.V.
medinetz Göttingen. solidarity with
migrants! e.V.
MediNetz Jena
MediNetz Kassel
MediNetz Koblenz e.V.
Medinetz Marburg e.V.
MediNetz Rhein-Neckar e.V.
MediNetz Würzburg e.V.
MediNetzBonn e.V.
Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum
e.V.
Medmissio
MINA - Leben in Vielfalt e.V.
MVP Bremen e.V. - Verein zur Förderung
der gesundheitlichen und
medizinischen Versorgung von
papierlosen und nichtversicherten
Menschen in Bremen e.V.
Nationale Armutskonferenz
netzwerk junge bechterewler NRW
Netzwerk rassismus- und
diskriminierungsfreies Bayern e.V.
Nord-Ostdeutsche Gesellschaft für
Gynäkologische Onkologie (NOGGO
e.V.)
Nordring Apotheke - Ina Lucas & Maria
Zoschke OHG
Orançengold - Gesundheitsförderung
Pfleger Angehöriger
PatientInnen-Netzwerk NRW
Poliklinik Syndikat e. V.
Poliklinik Veddel
Prenzl Apotheke - Ina Lucas & Maria
Zoschke OHG
Queermed Deutschland gUG
Saarländische Armutskonferenz e.V.
SKM Bundesverband e.V.
Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD)
Sozialverband VdK Deutschland e. V.
STAY! Medinetz - STAY! Düsseldorfer
Flüchtlingsinitiative e.V.

Steering Committee Gleichstellung,
Diversität, Inklusion an der Charité
Stiftung für die Internationalen Wochen
gegen Rassismus
Street Doc - Medizinische Versorgung
für Nichtversicherte und
Armutsbetroffene
Türkisch-Deutsche Stiftung für
Gesundheitsfürsorge und
Präventivmedizin e. V.
Verband binationaler Familien und
Partnerschaften, iaf e.V.
Verbraucherzentrale Bundesverband
e.V.
Verein demokratischer Ärzt*innen
Verein demokratischer
Pharmazeutinnen und Pharmazeuten
e.V. (VdPP – Pharmazie in sozialer
Verantwortung)
VIA, Regionalverband Berlin
Brandenburg e. V.
Women's Health Team Hamburg
Zukunftsforum Familie e.V.